

Evangelische Friedensarbeit: Bundesregierung muss Klimaschutzziele umsetzen

Die Evangelische Friedensarbeit hat anlässlich des globalen Klimastreiks am 29. November die Bedeutung der Klimagerechtigkeit für den Frieden in der Welt betont und die Bundesregierung aufgefordert, die im Koalitionsvertrag gesetzten Klimaschutzziele endlich entschieden umzusetzen.

„Die bisherigen Beschlüsse der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus und sie können die Erderwärmung und die damit verbundenen Folgen nicht verhindern“, ist Renke Brahms, der Friedensbeauftragte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), überzeugt. Er äußerte daher Verständnis für die Proteste von Kindern und Jugendlichen, aber auch von vielen Erwachsenen beim Klimastreik am 29. November. Auch viele Christinnen und Christen nehmen an diesem Klimastreik teil.

„Für den Frieden in der Welt ist Klimagerechtigkeit eine unabdingbare Voraussetzung“, betonte Lutz Krügener, einer der Sprecher der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden (EAK) unter Verweis auf die Kundgebung der EKD-Synode vor wenigen Tagen in Dresden. „In dieser Kundgebung hat die evangelische Kirche deutlich gemacht, dass es ein Ausdruck des christlichen Friedenszeugnisses ist, sich als Kirche sowohl für das Erreichen der von den Vereinten Nationen 2015 in Paris beschlossenen Klimaziele einzusetzen als auch das eigene kirchliche Klimaschutzhandeln konsequent weiterzuentwickeln“, unterstrich Krügener, der auch Friedensbeauftragter der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers ist.

Der EAK-Sprecher verwies darauf, dass soziale Konflikte in Folge der Erderwärmung nicht mehr nur einzelne Staaten bedrohen, sondern den Frieden ganz grundsätzlich gefährden, gerade auch in Regionen, die heute schon durch Krisen und Konflikte geschwächt seien. „Trinkwasser wird knapp, Dürren werden die Landschaft ruinieren. In anderen Regionen verursachen Stürme bereits jetzt immense Schäden, tiefer liegende Gebiete sind durch den ansteigenden Meeresspiegel existenziell bedroht“, warnt Lutz Krügener

Im Blick auf die bevorstehende Weltklimakonferenz forderte die Evangelische Friedensarbeit die Bundesregierung auf, in Madrid eine aktive Rolle für einen globalen Klimaschutz zu übernehmen. „Es ist gut, dass die Bundesregierung vorhat, globalen Klimaschutz als Beitrag zur Krisenprävention zu fördern. Hier können bei

Dieter Junker
Öffentlichkeitsreferent
Tel: 0171 4161087
E-Mail: burggraf@evangelische-friedensarbeit.de

der Weltklimakonferenz neue Allianzen gesucht werden“, macht der EKD-Friedensbeauftragte klar. Auch müsse Deutschland dauerhaft ausreichende Mittel für die internationale Klimafinanzierung, insbesondere für die Prävention vor und die Kompensation von klimabedingten Schäden und Verlusten, zur Verfügung stellen, betont Renke Brahms.

Bonn, 28. November 2019/dj